



Menschenrechte wahren –

Der Auftrag des Lutherischen Weltbundes angesichts der Flüchtlingsbewegungen

Pfr. Dr. h.c. Martin Junge

Generalsekretär – Lutherischer Weltbund (LWB), Genf

Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung der Gesellschaft für Außenpolitik und der Evangelischen Akademie Tutzing am 13. März 2018 in München, Museum Fünf Kontinente

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr für die Einladung und die schöne Gelegenheit, heute Abend zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Lassen Sie mich direkt in mein Thema einsteigen: mit ihrem gewaltigen Ausmass stellen die gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen sowohl lokale Gemeinschaften, wie auch Nationalstaaten und die gesamte Staatengemeinschaft vor riesige Aufgaben. Noch nie zuvor hat es so viele Menschen gegeben, die aufgebrochen sind, um ihr Leben vor Krieg, Gewalt, oder Hunger, zu schützen, oder um Armut und Ausweglosigkeit zu entfliehen. Die im Jahr 2017 herausgegebene Statistik des UN Flüchtlingskommissariats besagt, dass die Zahl der Flüchtlinge im Jahr 2016 auf 65,6 Millionen Menschen angestiegen war¹. Es ist zu befürchten, dass die Statistik des Jahres 2017 erneut ansteigen wird. Denn zu den im Jahr 2016 bereits bestehenden schwersten humanitären Krisen, den sogenannten „Level 3“ Krisen in Syrien und Jemen sind im Jahr 2017 noch die Gewaltausbrüche in der Demokratischen Republik Kongo dazugekommen. Die anderen Konflikte in Nigeria, Äthiopien und Somalia, dürfen auch nicht vergessen werden, denn auch sie haben sich intensiviert. Neu dazugekommen ist auch die Vertreibung der Rohingya in Myanmar, neben den ganz und gar abseits des Rampenlichts der Weltöffentlichkeit sich abspielenden Dramen in der Zentralafrikanischen Republik, in Eritrea, oder in Venezuela². Ich rechne damit, dass wir mittlerweile knapp an die Marke der 70 Millionen Flüchtlinge herangekommen sind.

Eine ähnlich dramatische Entwicklung hat es in dem Masse zuvor nur einmal gegeben. Sie ereignete sich kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Zahl der Flüchtlinge weltweit auf ca.

¹<https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/news/weltfluechtlingstag-neuer-hoechststand-656-millionen-menschen-auf-der-flucht-633.html>

²<https://www.unocha.org/where-we-work/current-emergencies>

50 Millionen Menschen geschätzt wurde. Obdachlosigkeit, Armut und Hunger griffen um sich und zwangen Menschen zur Flucht. Dazu kam die neue geopolitische Aufteilung Europas, die wiederum ganze Völkergruppen aus ihrer Heimat vertrieb.

Obwohl die allgemeine wirtschaftliche Situation nach dem Zweiten Weltkrieg katastrophal gewesen ist, hat es die Staatengemeinschaft damals trotzdem geschafft, auf die grossen Flüchtlingsbewegungen angemessen zu reagieren. Dies ist für mich immer wieder ein unverkennbarer Hinweis darauf, dass es nicht an den finanziellen Ressourcen liegen kann, wenn der Schutz von Flüchtlingen sich heute so weitaus schwieriger gestaltet. Der Reichtum ist ja heute um ein Vielfaches gestiegen, und die technischen Möglichkeiten sind weitaus ausgereifter. Es sind nicht mangelnde Ressourcen, sondern mangelnder politischer Wille, der uns heute zu schaffen macht.

Vielleicht hängt diese Feststellung damit zusammen, dass die Welt damals gerade erst aus einem entsetzlichen Alptraum aufwachte, den sie so schnell wie möglich hinter sich lassen wollte, während wir heute auf solch einen Alptraum offenbar geradewegs zusteuern. Diese Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg hat gewiss ein Wertesystem massgeblich beeinflusst, das unbedingt wieder ins Lot gebracht werden sollte, und das darum den Menschen in seinen Notlagen wieder in den Blick nehmen wollte.

Unter dem erschütternden Eindruck des Zweiten Weltkriegs, der als eine Zeit der Entfremdung, der entfesselten Gewalt und einer selten zuvor gesehenen Brutalität und Menschenverachtung erlebt wurde, standen nun die Zeichen auf Zusammenarbeit. Man wollte sicherstellen, dass so ein fürchterlicher Krieg nie wieder eintreten würde. Nicht die gegenwärtigen Fliehkräfte also, die heute so mächtig auf Staaten und Bündnisse einwirken, sondern die Vision einer auf Kooperation beruhenden Weltordnung führte die Staatengemeinschaft zusammen. Es war die Geburtsstunde der Vereinten Nationen, die diesen Willen zur Zusammenarbeit verkörperte und sich zum Instrument par excellence für die multilaterale Kooperation entwickelte. Mit einem ausgeprägten humanistischen Profil setzte sie sich zum Ziel, Frieden zu sichern und Gerechtigkeit und Entwicklung zu fördern.

In genau jene Zeit fiel auch die Gründung des Lutherischen Weltbundes (LWB). Sie muss unbedingt im Zusammenhang mit dieser eben beschriebenen Dynamik des Zusammenkommens gesehen werden. Man wollte kooperieren. Man wollte sich verständigen – auch und gerade weil man sich noch zwei Jahre zuvor in Schützengräben gegenübergestanden hatte – damit nicht mehr die Waffen, sondern die Menschen miteinander sprechen. Kirchen sahen sich in die Pflicht genommen, sich an dieser Vision zu beteiligen. So fanden sich lutherische Kirchen im Jahr 1947 in der schwedischen Stadt Lund zusammen, um nach mehreren gescheiterten Versuchen den LWB dauerhaft zu konstituieren.

Die allererste Resolution des frischgewählten Exekutivausschusses des LWB betraf das Schicksal der Flüchtlinge: Staaten wurden aufgerufen, sich für den Schutz von Flüchtlingen einzusetzen, und zwar ohne Diskriminierung. Gleichzeitig wurde der Beschluss gefasst, selbst die nötigen Strukturen aufzubauen, um gemeinsam für den Schutz von Flüchtlingen zu sorgen. Es war die Geburtsstunde des Weltdienstes des Lutherischen Weltbundes, eine Struktur, die bis heute für lutherische Kirchen weltweit im humanitären Bereich tätig ist. Dazu gleich mehr.

Der Aufruf an die Staaten, wie auch der Beschluss, selbst für den Schutz von Flüchtlingen einzustehen, entsprechen einer tiefen Glaubensüberzeugung. Sowohl im Alten als auch im Neuen Testament werden Flüchtlinge, Fremde und Vertriebene immer wieder erwähnt.

Besonders wird aber auch ein tief im Glauben verankertes Gebot wiederholt, wonach Flüchtlinge und Fremde einen besonderen Schutz geniessen. Die Aussage aus dem Hebräerbrieff ist bezeichnend: nehmt den Fremden auf, denn es könnte sein, dass ihr dabei einen Engel beherbergt. Oder noch direkter das Gebot Jesu in seinem Gleichnis des Weltgerichts: indem ihr den Nackten gekleidet habt, habt ihr mich gekleidet.

Auf dem Boden dieses eindeutigen Befunds wende ich mich darum auch mit aller Entschiedenheit gegen das immer wieder vorgetragene Argument, dass Europa seine Grenzen schliessen müsse, um seine christliche Identität zu bewahren. Mit Verlaub: wer so spricht hat nichts verstanden vom christlichen Glauben. Denn das Argument konterkariert all das, was der christliche Glaube über den Schutz von Fremden und Flüchtlingen zu sagen hat. An dieser Einsicht ist nicht zu rütteln, und sie darf auch nicht weichgespült werden. Christlicher Glaube weiss es nicht anders: Flüchtlinge gehören geschützt.

Übrigens: es handelt sich dabei um einen mit anderen grossen Weltreligionen geteilten Grundsatz. Im Jahr 2012 unterstützte der Lutherische Weltbund das UN-Flüchtlingskommissariat in Genf bei der Durchführung eines interreligiösen Treffens zum Thema „Faith and Protection“ (Glaube und Schutz). Es führte zur Annahme einer wichtigen Selbstverpflichtung von Religionsführern und -führerinnen: „Welcoming the Stranger“, zu Deutsch: „Fremde gastfreundlich aufnehmen“.³

Es ist wohl dieser auf religiösen Anschauungen basierende Grundkonsens, der mit dazu beigetragen hat, dass der Schutz von Flüchtlingen seinen Eingang in ein von der Staatengemeinschaft anerkanntes Instrument gefunden, und es in den verbindlichen Rahmen der Menschenrechte gestellt hat. Ich spreche hier von der Genfer Flüchtlingskonvention, die im Jahr 1951 von der Staatengemeinschaft feierlich verabschiedet, und seitdem von den allermeisten Staaten ratifiziert wurde. Die Genfer Konvention nimmt einen religiös oder allgemein moralisch fundierten Imperativ auf, ein Ethos, und entwickelt es zu einem politisch verbindlichen Instrument, mit dem sich die Staatengemeinschaft auf eine gemeinsame Herangehensweise im Umgang mit Flüchtlingsbewegungen verständigt, und auf das sie sich verpflichtet hat.

Dieser Schritt ist für mich entscheidend. Denn die Menschenrechte sind und bleiben, über die Grenzen der Religionen hinweg, die gemeinsame Sprache der Menschheit, welche die komplexen Situationen und Fragen des Zusammenlebens, und die Prinzipien, die dieses Zusammenleben leiten sollen, verbindlich festlegt. Und noch wichtiger: die Menschenrechte versehen sowohl den einzelnen Staat sowie auch die gesamte Staatengemeinschaft mit dem Auftrag, diese Rechte zu schützen und zu fördern. Im Konkreten bedeutet dies, dass die Genfer Flüchtlingskonvention die Staaten nicht mit der Aufgabe betraut, wie man Flüchtlinge am schnellsten loswird, sondern wie man sie am besten schützt.

Die Unterscheidung zwischen der Glaubensüberzeugung, dass Fremde und Flüchtlinge zu schützen sind, und einer verbindlich festgelegten Vereinbarung der Staatengemeinschaft, wonach die Menschenrechte eben dieser Fremden und Flüchtlinge zu schützen sind, ist für mich von fundamentaler Bedeutung. Als Christ in der theologischen Tradition der Reformation bestehe ich dabei auf der von Martin Luther beschriebenen Differenzierung zwischen dem geistlichen und dem weltlichen Regiment Gottes. Mit dieser Unterscheidung wird sowohl jeder theokratischen Tendenz die Legitimität entzogen, als auch im Gegenzug der Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke ein Riegel vorgeschoben.

³ https://www.lutheranworld.org/sites/default/files/Welcoming_the_Stranger.pdf

Darum sind für mich Glaube und Menschenrechte keine Antipoden, sondern verschiedene Sprach- und Gedankenwelten, mit einem unterschiedlichen Anwendungsbereich, die jedoch allesamt darauf ausgerichtet sind, die Unantastbarkeit der menschlichen Würde zu benennen, bzw. diese zu sichern und zu wahren. Kirche muss sicherstellen, dass sie auf beiden Ebenen sprachgewandt bleibt, um sich am gesellschaftlichen, politischen und gesetzgebenden Diskurs relevant beteiligen zu können. Sie hat sich sowohl bei der Nordung des allgemeinen moralischen Kompasses aktiv zu beteiligen, als auch bei der Ausformulierung entsprechender politischer und legislativer Entwürfe, die diesem Kompass entsprechen.

Doch lassen Sie mich hier eine Klammer setzen, bevor ich diesen Gedanken weiterverfolge, und veranschaulichen, wie wir im LWB diesen Auftrag heute konkret verstehen. Ich bin den Vorvätern und -müttern des LWB zutiefst dankbar, dass sie ihre Glaubensüberzeugung auch dann noch umsetzen wollten, als die europäische Flüchtlingskrise nach dem Zweiten Weltkrieg längst unter Kontrolle gebracht worden war. Damals war einer von sechs Flüchtlingen tatsächlich lutherisch, und es hätte ja auch so ausgehen können, dass der LWB seine Arbeit hätte einstellen können, als einmal die lutherischen Schwestern und Brüder angemessen versorgt waren.

So kam es aber nicht. Der Weltdienst des LWB hat seine Arbeit weiter ausgeführt, und sie ausgedehnt auf Menschen ausserhalb des europäischen Bereichs. Gegenwärtig ist der LWB einer der zehn grössten Implementierungspartner des UN Flüchtlingskommissariats. Er ist in 25 Ländern tätig, darunter im Nordirak, in Jordanien, in Kenia, Äthiopien, Uganda, der Demokratischen Republik Kongo, dem Chad, Myanmar, und Kolumbien. Insgesamt 8.300 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, davon nur 24 im Sitz des LWB in Genf, haben allein im letzten Jahr 2,7 Millionen Flüchtlinge betreut. Die ca. 150 Millionen Euro, die dazu aufgebracht wurden, stammen einerseits von Kirchen und kirchlichen Institutionen, in deren Auftrag wir handeln. So unterstützt uns die Evangelisch-lutherische Kirche in Bayern in unserer Arbeit in Erbil (Nordirak) und die Diakonie Katastrophenhilfe unter anderem in der Demokratischen Republik im Kongo, im Chad und in Haiti. Unterstützt werden wir auch durch Regierungsmittel, oder durch die Europäische Union und das UN-System.

Die Einsatzbereiche des LWB-Weltdienstes variieren je nach Kontext und Auftragslage: während der Krise in Dadaab im Jahr 2011 wurde der LWB zum Beispiel gebeten, die Lagerverwaltung des bis auf 400.000 Menschen angewachsenen Flüchtlingslagers in der nordkenianischen Region zu übernehmen. Gegenwärtig ist der LWB dort für den gesamten Erziehungsbereich zuständig, er unterhält Kindergärten und Schulen für mehr als 100.000 Flüchtlingskinder.

Der LWB ist aber auch mit der Erstaufnahme und -versorgung von Flüchtlingen betraut, so etwa in Uganda, wo zurzeit ein massiver Zustrom von Flüchtlingen aus der benachbarten Demokratischen Republik Kongo zu verzeichnen ist. Letzten Freitag sprach ich mit unserem dortigen Programmleiter: mehr als 2.000 Menschen kommen zurzeit täglich über die Grenze, die die ugandische Regierung weiterhin offenhält.

Immer schon hat der LWB diese Arbeit im ökumenischen Verbund verrichtet. Ich bin besonders froh darüber, dass der LWB diesen Ansatz neuerdings auch um eine interreligiöse Dimension erweitert hat. Im Nachgang zu der oben erwähnten Erklärung „Welcoming the Stranger“ unterzeichneten der LWB und Islamic Relief Worldwide im Jahr 2014 einen Kooperationsvertrag, der nun auch konkret umgesetzt wird: so arbeiten wir z. B. gemeinsam in Jordanien mit syrischen Flüchtlingen. Sie können sich vorstellen, dass diese christlich-muslimische Zusammenarbeit ein starkes und wichtiges Signal sendet. Es macht deutlich,

wofür unsere Glaubensgemeinschaften einstehen, wenn sie sich nicht politisch missbrauchen lassen.

Aber auch die Unterzeichnung eines Kooperationsvertrags mit Caritas Internationalis im Jahr 2016 möchte ich erwähnen, die direkt nach der Gemeinsamen Gedenkfeier der Reformation mit Papst Franziskus in Lund, Schweden, erfolgte. Wie gut, dass der Versöhnungsgottesdienst in Lund nicht zur binnenkirchlichen Angelegenheit wurde, sondern dass sich die katholische Kirche und der LWB gemeinsam auf den Auftrag der Kirche besannen, und ihre zur Versöhnung gereichten Hände dem leidenden Nächsten anbieten wollten. Auf Grund dieses Vertrags arbeiten wir bereits gemeinsam mit venezolanischen Flüchtlingen in Kolumbien.

Immer verbinden wir dabei die diakonische Arbeit vor Ort mit einer politischen Anwaltschaftsarbeit mit nationalen Regierungen und dem UN-System. Als eine der wenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen ist der LWB zum Beispiel an der Ausarbeitung des sogenannten „Global Compact for Refugees“ beteiligt. Es geht dabei um einen Rahmen, innerhalb dessen die Staatengemeinschaft ihre gemeinsam eingegangene Verpflichtung nachgehen will, Flüchtlinge auch in Zukunft zu schützen.

Es wird nicht einfach sein, diesen Rahmenplan durchzusetzen. Wir nehmen im LWB deutlich wahr, wie sich die äusseren Rahmenbedingungen für den Schutz von Flüchtlingen allgemein verschlechtern. Lokal und global. So häufen sich vor Ort die Sicherheitsvorfälle, mit zunehmenden Übergriffen auf humanitäre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Noch vor zehn Jahren eine Seltenheit, sehen wir uns im LWB immer häufiger dazu gezwungen, aufwendige Evakuierungen unserer Mitarbeitenden vorzunehmen. Paradigmatisch nehmen wir an diesen Situationen wahr, dass der humanitäre Gedanke an Boden verliert. Die Angriffe auf Hilfsdienstmitarbeitende sind Ausdruck einer schleichenden Verschiebung von Wertevorstellungen, die solche Handlungen nicht nur rechtfertigt, sondern zunehmend normalisiert. Wer hilft, setzt sich neuerdings Feindseligkeiten aus.

Auch nehmen wir eine zunehmende Feindseligkeit gegenüber den Vereinten Nationen wahr, weniger vor Ort als im globalen Diskurs. Frustration macht sich breit über einen bürokratischen Apparat, der ins Unendliche zu wachsen scheint und natürlich auch Ressourcen braucht. Die Frustration ist aber besonders gegenüber dem UN-Sicherheitsrat deutlich. Der humanitäre Sektor räumt ja neuerdings nur noch auf, was die Selbstblockade des Sicherheitsrats vor Ort anrichtet. Und doch möchte ich immer wieder zur Verteidigung des UN-Systems sagen: wenn es nicht existierte, müsste es sofort gegründet werden. Denn der Weg des Unilateralismus, oder der eklektische Ansatz einer „coalition of the willing“ (Koalition der Willigen), wie beim völkerwidrigen Einmarsch im Irak ausgerufen oder jetzt in Syrien praktiziert, zeigen ja erst jetzt ihre verheerende Langzeitwirkung. Und überhaupt: die UN kann ja nur so stark und so effizient sein, wie die Mitgliedsstaaten sie stark und effizient sein lassen wollen. Das gilt insbesondere auch für den Sicherheitsrat.

Meine schwerste Sorge, allerdings, betrifft die schleichende Demontage des Menschenrechtsgedankens insgesamt. Um die Menschenrechte ist es auffällig still geworden. Menschenrechtsverletzungen bleiben unausgesprochen, so z.B. bei einschlägigen Staatsbesuchen in China, den Philippinen, oder Saudi-Arabien. Gesetze werden verabschiedet, auch im europäischen Raum, die im Widerspruch zu grundsätzlichen Vereinbarungen stehen, etwa der Genfer Flüchtlingskonvention: Menschen dürfen nicht in unsichere Länder abgeschoben werden. Und trotzdem geschieht dies immer mehr, oft um damit populistischem Druck nachzugeben. Flüchtlinge dürfen nicht gefangen gehalten

werden. Und trotzdem geschieht dies auf Nauru, wo der australische Staat sich Flüchtlinge vom Leib halten will, oder in Griechenland, wo europäische Staaten das Gleiche tun.

Die Aufgabe der Menschenrechte hielte ich allerdings für den schlimmsten kulturgeschichtlichen Rückschritt, den sich die Menschheit erlauben könnte. Erinnern wir uns: die Asche des Zweiten Weltkriegs war noch heiss, das resultierende Trauma sass noch tief, als sich die Staatengemeinschaft aufgrund eben dieser Erfahrungen das Grundverständnis angeeignet hat, das jeder einzelne Mensch unveräusserliche Rechte besitzt, und dass es Aufgabe eines Staates ist, diese Rechte zu schützen.

Auf die Flüchtlingssituation bezogen, hat der Rat des Lutherischen Weltbundes darum den griffigen Satz in eine Resolution einfliessen lassen, der diese Grundüberzeugung nochmals ausgesprochen hat und in Erinnerung rufen will: „Flüchtlinge verlieren vieles auf ihrer Flucht, jedoch niemals ihre Menschenrechte“. „Refugees lose many things when they flee, but never their human rights“.

Mit diesem Aufruf möchte ich auch zum Schlussteil meines Vortrags überleiten.

Ich gebe zu, einiges in meiner Kontextanalyse habe ich ziemlich düster gezeichnet – und doch meine ich, nichts überzeichnet zu haben. Zugleich bin ich aber davon überzeugt, dass genug Spielräume und Möglichkeiten bestehen, um sich zu engagieren, um den Fliehkräften, die heute Menschen und Gemeinschaften voneinander trennen und entfremden, um einer Rückzugsmentalität und ihrem Drang, in selbstgenügsamer Isolation das Heil zu finden, kurz, um all diesen erodierenden Tendenzen entgegenzuwirken.

Doch was tun?

Lassen Sie mich im Folgenden einige Ansätze ansprechen, die uns im Lutherischen Weltbund wichtig sind, und die wir auch immer wieder in unserem öffentlichen Diskurs und unserem Gespräch mit der Politik zum Ausdruck bringen.

Als erstes möchte ich einen sehr grundsätzlichen Sachverhalt ansprechen. Lassen Sie mich dies mit einem Rückgriff auf das Reformationsjubiläum 2017 tun. Der LWB hat die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Reformation unter das Thema „Not for sale“ – „für Geld nicht zu haben“ gesetzt: „Salvation – not for sale, human beings – not for sale; creation – not for sale“. Inhaltlich knüpfte das Thema an den Protest Luthers gegen den Ablass im 16. Jahrhundert an. Damals stemmte er sich gegen die Vorstellung, dass frei zur Verfügung stehende „Güter“ (wenn Sie so wollen), also Gottes Vergebung aus Gnade allein, auf den Marktplatz gezerrt und zum Gegenstand merkantiler Austauschbeziehungen gemacht wurde.

Natürlich geht es heute nicht mehr um den Ablass. Aber ähnlich wie damals geht es immer noch darum, der zunehmend uneingeschränkten Gestaltungskraft des Marktes ihre Grenzen aufzuzeigen. Genau auf dieser Ebene findet nämlich zurzeit die Auseinandersetzung um die Werte statt, auf denen globale Beziehungen heute und in auch Zukunft stehen sollen. Wird dieser Auftrag weiterhin vom Staat und der Staatengemeinschaft wahrgenommen? Oder ist er mittlerweile an den Markt abgegeben worden?

Lassen Sie mich hier als Lateinamerikaner zu ihnen sprechen: wir haben es blutig lernen müssen, dass die neoliberale Ideologie, die heute sprichwörtlich marktführend ist, und die im Handel ihr primäres Interesse und Gestaltungsinstrument sieht, nur ein sehr nachgeordnetes Interesse an einem sozialen Ausgleich, an einer intergenerationellen Nachhaltigkeit, oder gar an Menschenrechten hat. Nicht der Markt sichert Menschenrechte, er will es und kann es

nicht, sondern der Staat. Es wäre fatal, wenn wir der Täuschung erliegen würden, dass der Markt diese Rolle ersetzen könnte.

Ich meine, hier hat Kirche einen Auftrag, indem sie ihr „not for sale“ weiter mutig verkündet, und dabei der schleichenden Grenz- und Werteverchiebung etwas entgegensetzt, und zwar aus dem Fundus ihres Glaubens heraus. Kirche hat allerdings auch einen Auftrag, die Politik dabei zu unterstützen, so dass es weiterhin die Politik ist, die die gesellschaftlichen Beziehungen vor Ort, aber auch eine Weltordnung durch Rahmenbedingungen gestaltet, von der Finanzen und Handelsbeziehungen nicht ausgeschlossen, sondern in die sie mit eingeschlossen sind.

Das ist ja mittlerweile auf globaler Ebene die Kernfrage: Wer gestaltet? Wer gestaltet Weltordnung, oder auf Nationalstaaten bezogen, wer gestaltet Außenpolitik? Lassen Sie mich das folgende Beispiel anführen, um dieses Dilemma zu veranschaulichen, und dabei wieder auf mein Thema der Flüchtlingsbewegungen zurückzukommen: deutsche Panzer wurden an die Türkei geliefert, und deutsche Panzerfäuste an die Kurden. Erlauben Sie mir die Frage, die sich mir als Außenstehender aufdrängt: waren es wirtschaftspolitische, oder waren es außenpolitische Erwägungen, die zu dieser widersprüchlichen und brandgefährlichen Situation geführt haben?

Wie immer Sie auch diese Frage beantworten, fest steht, dass dieser Tatbestand, sowie Waffenexporte insgesamt, weitere Menschen in die Flucht treiben werden. Denn anders als noch in den siebziger und achtziger Jahren, sind es heute Krieg und Gewalt, die den größten Teil der Flüchtlingsbewegungen auslösen. Die eingangs angeführten L3 Krisen: Syrien, Jemen und Demokratische Republik Kongo – sie sind allesamt auf Krieg und Gewalt zurückzuführen. Warum auch sollten Menschen unter Bombenhagel ausharren?

Ich wünschte mir, dass die verschiedenen Anläufe einer Reform des UN-Sicherheitsrates, die der LWB auch vor Ort in New York unterstützt, Früchte tragen. Auch wenn dies absolut gegenläufig zu gegenwärtigen Tendenzen ist, so sollte die Vision eines verbindlichen, demokratisch fundierten Instruments, um weltpolitische Sicherheitsfragen effektiv zu gestalten, nicht aufgegeben werden.

Die zweite Fluchtursache, oft eng mit Krieg und Gewalt verknüpft, ist Armut und Perspektivenlosigkeit. Der LWB arbeitet intensiv und auf verschiedenen Ebenen mit seinen Mitgliedskirchen zusammen, um lokal die Armut zu bekämpfen.

Zugleich hat sich der LWB verschiedentlich an die OEZE Staaten gewandt, um die 0.7% Marke des BIP für die offizielle Entwicklungshilfe einzuhalten. Denn Fluchtursachen zu bekämpfen heißt, in die nachhaltige Entwicklung von verarmten und marginalisierten Gemeinschaften zu investieren. Aber wir haben uns auch gegen die Politik einiger Staaten ausgesprochen, die Aufnahme von Flüchtlingen mit der offiziellen Entwicklungshilfe zu finanzieren. Denn mittelfristig bedeutet dies doch bloß eine Verschärfung der Bedingungen in den Herkunftsländern jener Menschen, die der Armut bereits jetzt entfliehen.

„Irgendwo müssen die Geldmittel ja her“, rief mir im letzten Sommer ihr ehemaliger Außenminister etwas genervt auf einer Podiumsdiskussion zu. Klar. Wenn allerdings über Nacht Milliardenbeträge gefunden werden können, um kollabierenden Banken im Kasinorausch einen Rettungsschirm aufzustellen, dann verstehe ich nicht, wieso diese Beträge nicht gefunden werden können, um Rettungsschirme, oder vielleicht passender: Rettungsboote für Flüchtlinge bereitzuhalten. Das Argument der Systemrelevanz der geretteten Banken leuchtet mir ein. Die Abwesenheit von einer massiven Investition, um

Menschen auf der Flucht zu schützen, wirft dann allerdings die beklemmende Frage auf: sind denn Menschen nicht auch systemrelevant? Nochmal: wer gestaltet Politik?

Zugegebenermaßen stelle ich schwierige und für Sie sicherlich auch provozierende Fragen. Sie haben auch gespürt, wo ich Kritik anzumelden habe.

Ich sollte jedoch meine Anwesenheit auf deutschem Boden, und meinen Vortrag vor Ihnen nicht ungenutzt lassen, um zugleich auch die tiefe Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen für die Art und Weise wie Kirchen in Deutschland, aber auch die Politik in dem alles entscheidenden Jahr 2015 auf die auf Europa zukommende Flüchtlingsbewegungen reagiert haben. Dieser Dank ist ein persönlicher, aber auch einer, den ich für den gesamten Lutherischen Weltbund ausspreche. Es hat Kirchen weltweit aus dem Herzen gesprochen, wie Kirchen in Deutschland sich auf verschiedene Weise eingebracht haben, und sich bis heute weiterhin einbringen. Meine Ermutigung an Sie: lassen Sie nicht ab davon und lassen Sie sich auch nicht einschüchtern in dem, was Sie tun. Die Liebe Gottes, die wir einatmen, sie atmen wir als Nächstenliebe wieder aus. Alles andere würde christliche Existenz ersticken. Sie werden gebraucht. Sowohl von Schutzsuchenden, als auch von einer Bevölkerung, zum Teil verängstigt und verunsichert, die mit dieser neuen Situation und Aufgabe vertraut werden muss.

Aber auch der Politik der deutschen Regierung möchte ich meinen Dank aussprechen für ihre Entscheidungen im Sommer 2015. Sie hat zu einem äußerst kritischen Zeitpunkt, in dem so manches auf der Kippe stand, unmissverständliche Zeichen gesetzt. Mit großem politischem Risiko hat sie ihre moralische und humanitäre Verantwortung wahrgenommen, oder sagen wir: hat sie sich der Unterschrift ihrer Vorväter und -mütter unter die Genfer Flüchtlingskonvention besonnen, und hat flüchtenden Menschen Schutz angeboten. Ohne diese Entscheidung hätte das humanitäre Fiasko vermutlich flächendeckend auf ganz Europa übergegriffen. Und der humanitäre Gedanke, bereits stark bedrängt, wäre heute sicherlich einem Flächenbrand ausgesetzt. Vermutlich gäbe es jetzt weniger Spannungen in Europa, hätte Ihre Regierung damals anders gehandelt. Aber Europa hätte sein Fundament und seine Seele verloren. Denn am Zusammenbruch ihres Wertesystems sind schon so manche politischen Strukturen zugrunde gegangen.

In der Ahnung, dass ich hier vermutlich keine Regierungsvertreter und -vertreterinnen vor mir habe, möchte ich trotzdem dazu aufrufen, nicht zurück zu rudern. Die Gestaltungsaufgabe der Politik ist nicht, wie man Flüchtlinge wieder loswird, sondern wie man sie schützt. Natürlich muss dies politisch tragbar sein. Natürlich muss diese Aufgabe auch auf möglichst viele Schultern verteilt werden. Italien, Griechenland, aber auch der Libanon und Jordanien oder Uganda würden dem sofort zustimmen. Deutschland trägt im europäischen Vergleich bereits große Lasten. Diese besser zu verteilen, aber immer mit dem Primat des Schutzes – das ist der Gestaltungsauftrag, das ist das Gebot der Stunde.

Lassen Sie mich nun zum Schluss kommen. Menschen sind systemrelevant. Wenn auch sonst aus keinem anderen Grund, dann weil sie mit einer unveräußerlichen Würde ausgestattet sind, die durch Menschenrechte geschützt wird. Vieles kann verloren gehen, vieles kann Menschen abhandenkommen. Verschuldet oder unverschuldet. Niemals jedoch die Menschenrechte. Auch nicht die von Flüchtlingen.

Vielen Dank!

